

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
Rathaus am Marktplatz
76124 Karlsruhe

SPD-Fraktion Karlsruhe
Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe
Telefon: 0721 1 33 10 91 oder 0721 2 92 90
Telefax: 0721 2 34 33
E-Mail: spd@fraktion.karlsruhe.de

KARLSRUHE, 12.08.2016

Antrag: Möglichkeiten und Chancen eines allparteilichen Konfliktmanagements im öffentlichen Raum nach dem Münchner und Wiener Modell

Die zuständigen Ämter zeigen die Möglichkeiten und Chancen eines allparteilichen Konfliktmanagements im öffentlichen Raum nach dem Münchner und Wiener Modell auf.

Begründung/Sachverhalt:

Die unterschiedlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger führen bei der Nutzung des öffentlichen Raums häufig zu Konfliktsituationen. Ein allparteiliches Konfliktmanagement (AK), wie es in der Stadt München 2014 auf Initiative des Gemeinderats implementiert wurde und seit Frühjahr 2015 erfolgreich erprobt wird, kann, in Ergänzung zu den Aktivitäten des Kommunalem Ordnungsdiensts (KOD), frühzeitig als ein niedrigschwelliges Angebot einen wesentlichen Beitrag in der Vermeidung und Entschärfung von Konflikten im öffentlichen Raum beitragen. Pate war hier das seit 2007 in Wien erprobte Modell SAM (sozial, sicher, aktiv und mobil).

Als zentrale Anlaufstelle nimmt das allparteiliche Konfliktmanagement Meldungen über konfliktbehaftete Situationen auf, vermittelt und moderiert zwischen den Interessens- und Konfliktparteien, koordiniert die Zuständigkeiten und Vorgehensweisen, mit dem Ziel, einen für die Beteiligten akzeptablen Lösungsansatz zu finden. Das Konfliktmanagement wird vor Ort selbst aktiv, wo eine eindeutige Zuständigkeit durch andere Institutionen, z.B. Streetwork, nicht gegeben ist oder ein Einsatz der Polizei bzw. des Ordnungsdienstes nicht verhältnismäßig und wirkungsvoll wäre.

Das allparteiliche Konfliktmanagement hat das Ziel, dass alle Menschen sich im öffentlichen Raum sicherer und wohler fühlen können.

Es bietet die Möglichkeit und Chance, Konflikte frühzeitig zu bearbeiten und somit zu entschärfen, indem die Beteiligten als mündige Bürgerinnen und Bürger selbst für ihre Interessen im öffentlichen Raum aktiv werden können. Es geht hierbei einerseits darum, dass die Anliegen ernst genommen werden, aber im Sinne der gegenseitigen Toleranz und Rücksichtnahme Lösungswege aufgezeigt werden.

Auch in der Stadt Karlsruhe zeigen sich immer wieder Situationen, die aufgrund unterschiedlicher Interessen und einem fehlenden Verständnis untereinander eskalieren. Beispielhaft seien hier die Situation rund um den Werderplatz in der Südstadt oder auch Konflikte rund um Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Stadtgebiet genannt.

Unterzeichnet von:

Parsa Marvi, Dr. Raphael Fechner und Fraktion